

Die ideologischen Koordinaten von Wladimir Putin: Ein Mann ohne Ideen oder ein Mann mit allen Ideen

Ignatow, Assen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ignatow, A. (2000). *Die ideologischen Koordinaten von Wladimir Putin: Ein Mann ohne Ideen oder ein Mann mit allen Ideen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 34/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45186>

Nutzungsbedingungen:

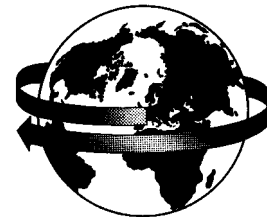
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 34/2000

14. September 2000

Die ideologischen Koordinaten von Wladimir Putin

Ein Mann ohne Ideen oder ein Mann mit allen Ideen

Zusammenfassung

Das tragische Schicksal des U-Bootes "Kursk" macht von neuem die "Putin-Frage" aktuell. Dazu gehört auch das ideologische Credo des Präsidenten, in dem sich entgegengesetzte Ansichten und Ansätze vermischen. Putin ist nicht jener "Wundermann", mit dem viele Russen, aber auch Westler, ihre Hoffnungen verbinden. Kein russischer Politiker ist in seinen Äußerungen so widersprüchlich wie Putin. Seine Stellungnahmen erschweren die Lage der Kommentatoren und veranlassen zu ganz gegensätzlichen Interpretationen. Die heutigen russischen Politiker brillieren nicht mit Folgerichtigkeit und klarem Profil, aber der neue Präsident ist der verkörperte Widerspruch. Er ist ein wahrer ideologischer Proteus.

Ein schonungsloses "Nein": Putins Urteil über den Kommunismus

Die Ironie des Schicksals wollte, daß das schärfste Urteil über den Kommunismus, das ein amtierender russischer Staatsmann je ausgesprochen hat, von einem Mann kommt, der im skrupellosesten Organ des kommunistischen Systems, im KGB, tätig war. Auch Jelzin verwarf und verurteilte, und zwar sehr sehr engagiert, den Kommunismus, aber sein Urteil war eher emotional. Putin drückt sich ruhig, ja trocken, aber sehr prägnant aus. Er nennt die Dinge beim Namen. "Fast drei Viertel des ausgehenden Jahrhunderts lebte Rußland unter der Wirkung des kommunistischen Systems. Es wäre falsch, die unbezweifelbaren Errungenschaften dieser Zeit nicht zu sehen oder, noch schlimmer, sie zu leugnen. Aber es wäre genauso falsch, den schrecklichen Preis, den unser Land und unser Volk für dieses bolschewistische Experiment gezahlt haben, zu ignorieren"¹ – schrieb er in seinem Internetaufsatz. Der Autor, der damals noch nicht Präsident war, stellt die "historische Fehlerhaftigkeit" des Kommunismus fest. Der Kommunismus habe nicht vermocht, Rußland und dem russischen Volk Wohlstand, dynamische Entwicklung und Freiheit zu gewähren. Der Kommunismus habe seine Unfähigkeit zur Selbstentwicklung demonstriert. "Er war ein Weg, der in eine Sackgasse führte, die fern vom Mainstream der Zivilisation lag."²

In seinem Aufsatz listet Putin alle verhängnisvollen Folgen des kommunistischen Systems für die russische Wirtschaft auf. Der Vergleich zwischen Rußland, den USA und Japan spreche für sich. Die Lage

¹ Vladimir Putin, Russia at the turn of the Millennium, www.government.gov.ru, 27. Dezember 1999, S. 3.

² Ebenda, S. 4.

des Landes sei "dramatisch". Jetzt ernten wir die bitteren – sowohl materiellen als auch geistigen – Früchte der vergangenen Jahrzehnte."³

Ebenso eindeutig ist Putins Auffassung der Perspektiven von Rußland. Nachdem er feststellt, daß trotz aller Fehler Rußland den Weg eingeschlagen hat, "... den die ganze Menschheit geht ...", einen Weg, der ökonomisches Wachstum und hohes Lebensniveau garantiert, sagt er in aller Deutlichkeit: "Es gibt keine Alternative zu ihm."⁴

Die Weltzivilisation und Rußlands Eigenart: Konflikt oder Übereinstimmung?

Niemand, der politische Verantwortung trägt, kann (und niemand will) das "klassische" russische Thema des "Sonderwegs" vermeiden. Putins Ausführungen zu dieser Frage verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil sie – im Unterschied zu seinem Urteil über den Kommunismus – nicht eindeutig sind und zwei Aspekte aufweisen, deren Analyse nicht leicht ist.

Einerseits betont Putin die Notwendigkeit des Anschlusses Rußlands an die Weltzivilisation, wie der moderne Westen sie versteht. Andererseits wendet er sich im zitierten Aufsatz, der seine Ideen *in nuce* enthält, gegen das "mechanische Kopieren der Erfahrungen anderer Nationen...".⁵ Der Wandel könne nicht verwirklicht werden "... durch Experimentieren mit aus fremden Büchern übernommenen Modellen und Schemen."⁶ Jedes Land – Rußland eingeschlossen – "muß seinen eigenen Weg zur Erneuerung suchen... Wir können auf eine gute Zukunft nur dann hoffen, wenn wir beweisen, daß wir fähig sind, die universalen Prinzipien der Marktwirtschaft und der Demokratie mit den russischen Realitäten zu kombinieren."⁷ All das sei weder ein rein ökonomisches noch ein rein politisches, sondern "... ein ideologisches, geistiges und moralisches Problem."⁸ Und Putin bekennt sich zur "russischen Idee".

Allerdings versucht Putin, seine Auffassung zu präzisieren und Einseitigkeiten zu vermeiden. Eine fruchtbare und kreative Arbeit sei unmöglich in einer "gespaltenen Gesellschaft", wo die politischen und sozialen Kräfte "verschiedene Grundwerte und fundamentale ideologische Orientierungen" haben.⁹ Das solle aber keineswegs ein Plädoyer für eine Staatsideologie sein. "Ich bin gegen die Wiederherstellung, in welcher Form auch, der offiziellen Staatsideologie in Rußland. Es muß keinen Zwangskonsens der Bürger in Rußland geben. Der soziale Konsens kann nur freiwillig sein."¹⁰

Unter diesem wichtigen Vorbehalt skizziert Putin die "russische Idee", wie er sie versteht. Ihre Elemente sind folgende "traditionelle Werte", in deren Einhaltung und Befolgung er das Fundament der "Einheit" der Gesellschaft erblickt: *Patriotismus*; *Glaube an Rußlands Größe* (diese Größe sei von geopolitischen, kulturellen und ökonomischen Faktoren vorherbestimmt); *Etatismus* (für die Russen sei der Staat keine Anomalie, sondern Quelle von Ordnung und Triebfeder des Fortschritts); *soziale Solidarität*.

Besonders wichtig sind die *einschränkenden Vorbehalte*, die Putin zu jedem dieser Werte formuliert, deren Funktion offenbar darin besteht, seine Ansicht von denen der Reformgegner abzugrenzen. Der von ihm in Schutz genommene Patriotismus sei frei von imperialen oder nationalistischen Ambitionen. Die auf dem Glauben an die Größe Rußlands beruhende russische Mentalität solle "neue Ideen" in sich aufnehmen. Der Etatismus sei u.a. durch die historische Tradition des russischen Volks gerechtfertigt. Rußland werde kaum "... eine zweite Auflage der, sagen wir, USA oder Englands sein, wo die liberalen Werte eine tiefe historische Tradition haben."¹¹ Dabei sei ein "strenger und funktionsfähiger Staat"

³ Ebenda, S. 3.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. ebenda, S. 4.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda, S. 5.

⁹ Vgl. ebenda.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 6.

keineswegs mit einem "totalitären Staat" zu verwechseln. Was die soziale Solidarität betrifft, so dürfe man nicht vergessen, daß die Neigung zum Kollektiven in Rußland immer dominierte und den Individualismus in den Hintergrund rückte. "Die paternalistischen Gefühle haben tiefe Wurzeln in der russischen Gesellschaft geschlagen."¹² Die meisten Russen rechneten nicht auf die Initiative und die eigenen Bemühungen, sondern auf die Hilfe des Staates und der Gesellschaft, und es werde eine lange Zeit dauern, bis sie sich an andere Muster gewöhnen. Außerordentlich aufschlußreich ist der Kommentar Putins dazu: "Versuchen wir nicht die Frage zu beantworten, ob das gut oder schlecht ist. Wichtig ist, daß diese Gefühle existieren. Mehr noch: sie dominieren. Das kann nicht ignoriert werden. Das muß in erster Linie und hauptsächlich in der sozialen Politik berücksichtigt werden."¹³

Das ist Putins Programm zur Verbindung der universalen liberalen Werte mit den traditionellen russischen Werten. Wie ist das zu deuten? Wo ist sein Ort in der ideologischen Konstellation des Landes?

Das beharrliche Insistieren auf der nationalen Eigenart ist eine der geläufigsten Argumentationsfiguren der Reformgegner und der Anhänger der "Bodenständigkeit". Doch ein und dieselben Argumentationsketten und Gedankengänge können in verschiedenen bis entgegengesetzten Auffassungen figurieren. Der Zusammenhang, nicht die einzelne Aussage, ist das Entscheidende. Die Betonung des nationalen Spezifikums kann auch mit einer Bejahung des demokratischen und marktwirtschaftlichen Wegs verbunden sein. In diesem Fall handelt es sich darum, die demokratisch-liberalen Reformen verständlich und akzeptabel für die "rückständige Masse" zu machen. Die Absicht einer solchen Verbindung von traditionell Russischem und Westlichem besteht darin, den trägen Geist der Bevölkerung nicht zu brüskieren. Salopp formuliert, geht es um die "Verpackung" der innovativen Ideen. Noch salopper formuliert, ist das ein "Köder". Aber die Verknüpfung der westlichen Werte mit der russischen Eigenart ist nicht immer und nicht unbedingt Taktik. Es ist ein Modernisierungsmodell vorstellbar, das in der Tat Anhaltspunkte in der russischen Geschichte hat. Man kann an Herrscher wie Peter den Großen, Katharina II. oder Alexander II. denken. Hier ist der nationale Stolz gerade mit Persönlichkeiten verbunden, die Rußland europäisieren wollten. Traditionell-patriotisch und europäisch sind in einer organischen und natürlichen Weise verknüpft.

Am Ende kann eine "Verknüpfung" der liberalen Werte mit der russischen Tradition nur ein purer Kompromiß sein, der durch die Wahlzwänge verursacht ist und nichts anderes bezweckt, als keine Wählergruppe abzustoßen.

Putins Motive befinden sich irgendwo in der Mitte zwischen einer langfristigen Strategie des Reformkurses und taktischen Überlegungen. Es ist nicht leicht, das jetzt zu präzisieren. Welcher ideologische Stellenwert der "Verknüpfung" zukommt, hängt von der feinen und sehr flexiblen Proportion zwischen den beiden Komponenten – der westlichen und der "bodenständigen" – ab. Allerdings folgt aus seinen Worten, daß es nicht darum geht, ob die russischen Spezifika gut oder schlecht sind, sondern darum, daß sie *so* sind, wie sie sind, daß der neue Präsident keineswegs ein leidenschaftlicher Anhänger des russischen "Sonderwegs" ist. Zwischen den Zeilen steht eher: "Es ist *leider* so".

Unvereinbare Gemeinplätze

Das zweite Dokument, das als Quelle zum Studium der Grundsätze und programmatischen Ziele der Putinschen Politik dient – sein "Offener Brief an die russischen Wähler" – ist im Vergleich zum Internetaufsatz ein chaotischer Mischmasch von Banalitäten, die sich gegenseitig ausschließen. Das allgemeine Niveau ist niedriger als das Niveau der substanzlosesten Äußerungen von Jelzin.

Putin empört sich darüber, daß einer den ökonomischen Teil des zukünftigen "Arbeitsprogramms", ein anderer den innenpolitischen, ein dritter den außenpolitischen schreibt. Diesen Zustand hält Putin für so wichtig, daß er damit seine Kritik der "Fehler" beginnt: "Das ist kein richtiges Herangehen, so geht

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S. 7.

es nicht."¹⁴ "Es ist höchste Zeit, die Probleme direkt anzupacken."¹⁵ "Man kann den sozial Schwachen nicht helfen, wenn man keine Steuern zahlt."¹⁶ Die russischen Bürger sollten sich "anständig" benehmen.¹⁷ Dabei weiß Putin: "Das Leben selbst zeigt: nur wenn man die Herausforderung offen annimmt, kann man siegen."¹⁸

Dabei sind die landläufigen Regeln des "richtigen Verhaltens", die Putin formuliert, oft miteinander unvereinbar. Er legt besonderen Wert auf die Schaffung eines starken Staates. Im Verhältnis zwischen Staat und Bürger kommt dem Staat die Hauptrolle zu. "Je stärker der Staat, desto freier die Persönlichkeit."¹⁹

Andererseits rechnet Putin auf die "neue arbeitsfähige Generation", auf die "jungen und energischen Menschen", die imstande sind, nicht nur ihr Brot zu verdienen, sondern auch das Land vor der "Erniedrigung durch die Armut" zu retten.²⁰

Die erste These ist ein *Law-and-order*-Klischee, die zweite ein liberalistisches Klischee. Beide sind Gemeinplätze, weil nichts Konkretes gesagt wird, außerdem sind sie schwer miteinander in Einklang zu bringen. Putins Programm ist – zumindest teilweise – sowohl durch Trivialität als auch durch Inkohärenz gekennzeichnet.

Ein anderes Moment verdient ganz besondere Beachtung. Putin stellt sich den Rechtsstaat, den er anstrebt, als eine Art "Diktatur des Gesetzes" vor.²¹ Dieser Ausdruck, dessen Vater General Lebed ist, gefällt Putin sehr. Selbst die Demokratie ist nach ihm nichts anderes als eine "Diktatur des Gesetzes".

In einem anderen Kontext könnten die Worte "Diktatur des Gesetzes" als eine treffende Formulierung gelten, deren scheinbare Paradoxalität nur eine amüsante stilistische Figur ist. Wo es Gesetz gibt, gibt es keine Diktatur, und die Wortverbindung "Diktatur des Gesetzes" bedeutet, daß Diktatur und Gesetz nur das gemein haben, daß sie zwingende Kraft besitzen, die aber in entgegengesetzte Richtungen wirkt. Aber in einem Land wie Rußland ist diese Wahrnehmung kaum wahrscheinlich. Das Verständnis des Rechtsstaates als "Diktatur des Gesetzes" spiegelt die immer noch lebendigen mentalen Überbleibsel der Sowjetzeit wider. Das zeugt davon, daß der durchschnittliche Bürger mit dem Wort "Demokratie", d.h. Demokratie ohne Ergänzungen und Adjektive (wie "Volksdemokratie", "sozialistische Demokratie", "wahre Demokratie" usw.), immer noch nicht vertraut ist. Das Wort "Diktatur" ist ihm aber durchaus klar und begreiflich. Nach Jahrzehnten Verherrlichung der "Diktatur des Proletariats" und Verurteilung der "abstrakten Demokratie" klingt der Terminus "Diktatur" in den Ohren des Russen durchaus positiv. Umgekehrt ist ihm der Terminus "Demokratie" ziemlich fremd und ungewohnt. Putin verbindet "Demokratie" und "Diktatur", um den Russen – *und vielleicht auch sich selbst* – den Begriff "Demokratie" schmackhafter zu machen, etwa so: "Habt keine Angst, so schlecht ist die Demokratie nicht, ist sie doch auch eine Art Diktatur!" Gelernt ist gelernt. Die sowjetische Gedanken- und Vorstellungswelt ist zählebig.

Um diesem Dokument gerecht zu werden, muß man unterstreichen, daß es in ihm auch Aussagen gibt, die nicht nur richtig, sondern auch zutreffend formuliert sind. Es ist unmöglich, der Feststellung Putins nicht zuzustimmen: "Unser erstes und hauptsächliches Problem ist die Willensschwäche. Der Verlust des Staatswillens und der Beharrlichkeit in bezug auf das bereits Begonnene. Die Schwankungen, die Gewohnheit, die schwierigsten Aufgaben auf später zu verschieben."²² Dies ist in der Tat erzurussisch – und seit den Zeiten Oblomows hat sich wenig verändert. Mit vollem Recht behauptet der Autor ferner:

¹⁴ Vybery 2000. Otkrytoe pis'mo Vladimira Putina k rossijskim izbirateljam, in: Komsomol'skaja pravda, 25.2.2000 (elektronische Version).

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. ebenda.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Vgl. ebenda.

²¹ Vgl. ebenda.

²² Ebenda.

"Dem Wesen nach müssen wir den Vorrang der inneren Ziele vor den außenpolitischen anerkennen. Am Ende müssen wir das erlernen... Es gibt keinen mächtigen Staat, und es wird keinen solchen dort geben, wo Schwäche und Armut herrschen. Man muß begreifen: von der erfolgreichen Lösung unserer eigenen innenpolitischen Aufgaben hängen unser Platz in der Welt und unser Reichtum und unsere neuen Rechte direkt ab."²³

Wenn Rußland diesen "Vorrang" akzeptiert und internalisiert, dann wird das dem Abschied von der imperialen Sehnsucht gleichkommen, von der Illusion, immer noch eine Großmacht zu sein. Hier hat Putin in der Tat einen entscheidenden Punkt getroffen. Wie seine praktische Politik – und ob überhaupt – diesem programmatischen Satz folgt, ist natürlich eine andere Frage, und die Antwort darauf bleibt nach wie vor unklar.

Vorläufige Bilanz: Ist der "schwache Staat" Rußlands wunder Punkt?

Es ist noch zu früh, ein ideologisches Porträt des neuen Präsidenten zu riskieren. Was sich jetzt abzeichnet, ist höchstens eine Skizze, dabei im Stil von Picasso, wenn er den Motiven der alten Meister nachzeichnet: Man kann das antike sozusagen und klassische Vorbild erkennen, aber es ist destruiert und disharmonisch geworden.

Unter diesem Vorbehalt kann man annehmen, daß das Putinsche – als Ganzes nicht durchdachte und nicht ausgegorene – Konzept ziemlich eindeutig von der Intention und dem Willen einer *Fortsetzung des gesellschaftspolitischen Wandels* getragen ist. Zugleich wählt der Präsident die falschen Mittel zum richtigen Zweck.

Für Putin ist der starke Staat der Archimedische Punkt. Im starken Staat erblickt Putin die Kraft, die imstande wäre, die Last der Vergangenheit und der Gegenwart zu tragen. Nun würde das aber bedeuten, den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben. Es ist nahezu tragikomisch, daß so viele Russen, einschließlich Putin, *etatistische Rezepte zum Kurieren der Folgen des Etatismus* verschreiben. Der marode Zustand der russischen Wirtschaft ist eben ein Resultat der sehr lange dauernden Allmacht des Staates, der die Selbstorganisation der Gesellschaft hemmte.

In dieser Hinsicht ist auch Putin ein Kind der autokratisch-etatistischen, dem Reformgeist gegenüber letztendlich feindseligen russischen Tradition. In der Hoffnung, die Marktwirtschaft hauptsächlich mit Hilfe des "starken Staats" zu erreichen, drückt sich der innere Widerspruch und die Crux der Putinschen Politik aus.

Die Rolle, die Putin dem starken Staat zuschreibt, veranschaulicht die Unbeholfenheit des neuen Staatschefs. Auch er hat sein Bewußtsein nicht vom Staatsmythos befreit. Alle Versuche, Rußland zu modernisieren, scheiterten gerade daran, daß man durch administrative Dekrete und Zwang das erreichen wollte, was nur durch freie Selbsttätigkeit der Gesellschaft im Westen erreicht worden war. Die zur Verwirklichung der Reformen angewandte Methode bestand darin, der Bevölkerung zu befehlen: "Habt Initiative! Denkt frei!" Mehr, als den Unternehmer vor Gangstern zu schützen und ihn nicht durch bürokratische Übergriffe zu belästigen, kann der Staat nicht. Die Entwicklung der Wirtschaft ist Sache der Produzenten und Arbeitnehmer. Die wirtschaftlichen Erfolge hängen ab von der Bereitschaft dieser Schichten der Bevölkerung zu arbeiten, zu sparen, zu investieren, von der Tüchtigkeit, vom Geist der Initiative. Der Staat kann zwar den Unternehmer schützen, nicht aber *für ihn* arbeiten. Grundsätzlich kann die Armut *nicht* vom Staat allein beseitigt werden.

Putin legt nicht auf einen beliebigen Staatsapparat Wert, sondern auf einen der größten und schwerfälligsten in der Welt, auf ein echtes Staatsmonster. Da Putin für die Unantastbarkeit und Unteilbarkeit des jetzigen territorialen Gefüges ist, so bedeutet dies, daß er positive Resultate von etwas erwartet, dessen Trägheit sprichwörtlich ist.

Man kann nicht gleichzeitig Kolonialverwalter und moderner Manager sein. Putins Unfähigkeit, sich von den imperialen Illusionen zu befreien, ist der Wurm im Apfel. Die Treue zum überholten

²³ Ebenda.

extensionalen Modell des Großraums verhindert die Konzentration auf das Wirtschaftliche. Wie so oft hat auch diesmal Brzezinski recht. In einem Interview mit der Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" hob er hervor, daß die Verwandlung Rußlands in eine lockere Konföderation der adäquate staatlich-administrative Rahmen für die Überwindung der Armut wäre.²⁴

Aber abgesehen davon ist es am Platze, die Vokabel vom "schwachen Staat" unter die Lupe zu nehmen. Der russische Staat hat eine für westliche Beobachter schwer begreifliche Besonderheit, die ihnen nicht selten echte Fallen stellt. Über den russischen (zaristischen, kommunistischen und postkommunistischen) Staat bestehen nämlich zwei entgegengesetzte Meinungen, die beide plausibel zu sein scheinen. Einerseits war der Staat keineswegs schwach, sondern *überstark*, er war alles, der einzelne "Untertan" war nichts. Andererseits war derselbe Staat "schwach" im Sinne von: unwirksam, schlecht funktionierend. Ist beides zugleich möglich? Manche "progressiven" Kritiker der Sowjetologie ironisierten: Einerseits behaupte die Sowjetologie, das ganze sowjetische System leide unter Schlendrian, andererseits schreibe man seinen repressiven Organen eine Orwellsche Allmacht zu.

Wir haben es mit einer typischen Ambivalenz zu tun – mit einer der zahlreichen in diesem Land. Zweifellos war das Zarenreich ein Reich der Repression und der schweigenden Masse (*Narod bezmolvstvuet* in Puschkins *Boris Godunow*). Aber ebenso zweifellos war Rußland das Land der faulen Gogolschen Beamten, bei denen nichts in Ordnung war und die nicht einmal imstande waren, einen Hochstapler in der Rolle des "Revisors" von den wirklichen Dienern der Obrigkeit zu unterscheiden.

Diese Situation wiederholte sich auch unter den sowjetischen Bedingungen. Zum einen war das Sowjetsystem zweifelsohne das mächtigste in der Welt: kein anderes System verfügte über eine solche Macht. Zum anderen aber betrogen die Funktionäre regelmäßig ihre Vorgesetzten, indem sie die Mängel verschwiegen und die positiven Resultate übertrieben. Die sowjetische Machtspitze war die mächtigste, aber auch die am wenigsten real informierte Machtspitze in der Welt.

Beide Charakteristiken sind berechtigt. Der russische Staat hat zwei Seiten oder zwei Aspekte. Die Stärke des russischen Staats ist eine sozusagen "passive" Stärke. Einerseits ist er stark durch seine Tätigkeit und die immense Größe seines Territoriums. Es ist unmöglich, ihm durch Druck "von unten" etwas abzutrotzen. Ihm gegenüber ist die Bevölkerung ohnmächtig. Andererseits ist er stark nicht so sehr durch reale Eigenschaften als vielmehr durch die Vorstellung von solchen Eigenschaften, die er in der Bevölkerung auslöst. In einem gewissen Sinn ist er sogar ein Potemkinsches Dorf. Seine Stärke ist bis zu einem gewissen Grad ein Bluff, aber gerade der Bluff *wirkt*, solange er nicht durchschaut ist. Der Putsch 1991 ist daher ein sehr gutes Beispiel: Es ist klar geworden, daß der angeblich allmächtige KGB, der sich maßgeblich am gescheiterten Staatsstreich beteiligte, viel schwächer war als sein Ruf.

Wenn im Land liberal-demokratische Verhältnisse und (sei es nur im Ansatz) Marktwirtschaft existieren, dann werden die beiden Aspekte des russischen Staatswesens nur stören. Die "passive Stärke" wird die private Initiative einschüchtern und die "funktionelle Schwäche" wird sie direkt stören. Putin will die repressive Funktion behalten, insofern sie gegen Gangster und Mafiosi gerichtet ist. Er will auch die "funktionelle Schwäche" überwinden und sozusagen den Staat in einen guten "Helfer" der Wirtschaft verwandeln. Das kann er aber nicht erreichen, solange der superzentralisierte Staat existiert. *Zwischen den Plänen und ihrer Verwirklichung steht der Staatsklotz.* Der Präsident kann solange keinen Erfolg haben, wie er nicht den Mut findet, auf den Staatsmythos zu verzichten.

Assen Ignatow

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

²⁴ Interview mit Zbigniew Brzezinski, in: *Nezavisimaja gazeta*, 31.12.1996; vgl. auch ders., *A Geostrategy for Eurasia*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 5, September-October 1997, S. 56.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071